

Rivalität und Ablehnung auf beiden Seiten prägten früh das Verhältnis zwischen Israel und den arabischen Nachbarn. Warum wurden alle Friedenschancen versäumt?

MOHAMMED UND HERR COHEN

Von TOM SEGEV

Im September 1906 nahm ein altes russisches Passagierschiff Kurs auf Jaffa, an Bord waren auch einige osteuropäische Juden, die sich in Palästina niederlassen wollten. Einer von ihnen, ein junger Mann namens David Gruen aus dem polnischen Shtetl Plońsk, sah zum ersten Mal in seinem Leben Araber. Sie machten „einen sehr guten Eindruck“ auf ihn, schrieb Gruen seinem Vater. Er schilderte sie als „große Kinder, gutherzig und leicht zugänglich“. Einige Zeit später nahm Gruen einen hebräischen Namen an – Ben-Gurion.

Den Blick, mit dem Gruen auf die ersten Araber herabschaute, nannte der amerikanische Gelehrte palästinensischer Abstammung Edward Said später „orientalistisch“; er meinte damit die Herablassung, die der Westen häufig Menschen aus dem Morgenland entgegenbringt. Said sah darin eine Erklärung für vieles, was in den letzten hundert Jahren im Nahen Osten schiefging, den israelisch-arabischen Konflikt inbegriffen.

Schon eine ganze Zeit vor Ben-Gurion, nämlich 1891, hatte ein jüdischer Schriftsteller aus Odessa, Ascher Ginzberg, der als Achad Haam bekannt wurde, das Land besucht. Er traf jüdische Siedler aus Osteuropa und war entsetzt, wie diese mit der arabischen Bevölkerung umsprangen: „Sie behandeln die Araber feindselig und grausam, verkürzen ihr Recht auf unredliche Weise, beleidigen sie ohne jeden genügenden Grund und rühmen sich solcher Taten noch“, schrieb er.

Theodor Herzl, der Begründer des politischen Zionismus, kämpfte damals dafür, einen Judenstaat im Land Israel zu errichten. Für die dort lebenden Palästinenser interessierte er sich herzlich wenig. Am besten sollte man sich um die Auswanderer kümmern, notierte er in seinem Tagebuch.

Die Zionisten mühten sich hingegen redlich, die Welt davon zu überzeugen, dass Juden und Araber doch zusammenleben könnten. Eine Masseneinwanderung europäischer Juden könne das Land sogar florieren lassen und die Wirtschaft ankurbeln, zum Wohl aller seiner Bewohner.

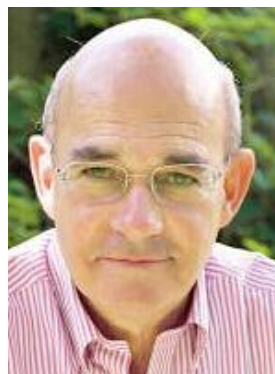
Doch der „Orientalismus“, den Said später auch im europäischen Kolonialismus diagnostizierte, brach immer wieder durch. Der führende Zionist Chaim Weizmann, später Israels erster Staatspräsident, versicherte zwar: „Wir streben nicht danach, Mohammed zu vertreiben und Herrn Cohen statt seiner als Großgrundbesitzer einzusetzen.“ Doch nicht zufällig nannte er den Araber „Mohammed“ und den jüdischen Siedler „Herrn Cohen“. „Der Araber ist primitiv“, befand Weizmann: „Es besteht ein wesentlicher Qualitätsunterschied zwischen dem Juden und dem Einheimischen.“

Bis heute glaubt so mancher, alles wäre anders verlaufen, wenn die ersten Zionisten nur so klug gewesen wären, die Kultur der Araber zu respektieren, statt sich für etwas Besseres zu halten.

Das ist nicht das einzige „Wenn“ in der Geschichte dieses langwierigen Konflikts. Historiker und auch einige israelische Politiker diskutieren immer wieder die Frage, wo und wann die Zionisten Gelegenheiten zu einer friedlichen Koexistenz mit der arabischen Bevölkerung im Land verpasst haben, was man für den Frieden hätte tun müssen. Auch auf arabischer Seite werden Versäumnisse erörtert, aber vorwiegend unter dem Aspekt, was man hätte tun können und müssen, um den Staat Israel zu verhindern. Die Palästinenser glauben, mit einigem Recht, die arabischen Staaten hätten sie nicht genug unterstützt.

Allerdings gibt es sehr früh Anhaltspunkte dafür, dass die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina kaum ohne arabischen Widerstand hätte ablaufen können. Schon 1899 ließ der arabische Bürgermeister von Jerusalem Theodor Herzl bestellen, dass die Araber Palästinas den Zionismus ablehnten: „Die Welt ist groß genug, es gibt noch mehr dünn besiedelte Länder, in denen man Millionen armer Juden ansiedeln kann ... Lasst in Gottes Namen Palästina in Ruhe!“, schrieb Jussuf Dija al-Chalidi.

Ein Jahr vor Ben-Gurions Ankunft im Land Israel erschien in Paris das Buch eines osmanischen Beamten in Jerusalem, Nadschib Asuri.



TOM SEGEV

Der 1945 in Israel geborene Historiker und Publizist ist Autor zahlreicher Bücher zur Geschichte Israels. Derzeit arbeitet er an der Biografie des Staatsgründers David Ben-Gurion.



David Ben-Gurion (M. mit Hut) posiert mit Arbeitskameraden
1907 vor einer Weinkellerei bei Rischon le Zion.

Mit dem Erwachen des jüdischen Volkes im Zionismus erwache auch die arabische Nationalbewegung, schrieb er hell-sichtig, die beiden Bewegungen würden sich in ewigem Krieg befehden, bis die eine über die andere siege. So bahnte sich der Konflikt schon Ende des 19. Jahrhunderts an.

1917 eroberte Großbritannien Palästina von den Türken, die es 500 Jahre lang regiert hatten, und erklärte sich einverstanden mit den zionistischen Bestrebungen, in Palästina „eine Heimstätte des jüdischen Volkes“ zu errichten. Gleich darauf beschwerten sich die Araber: Sie seien von den Briten hintergangen worden; bevor sie das Land den Zionisten versprochen, hätten sie es ihnen, den Arabern, zugesichert. Ob das so zu-trifft, bleibt auch in jüngsten Studien dazu offen.

Hätte alles anders kommen können? Wenn Deutsche und Türken den Ersten Weltkrieg gewonnen hätten; wenn der Völkerbund das Mandat über Palästina nicht Großbritannien, sondern den Vereinigten Staaten übertragen hätte (ein entsprechender Antrag lag vor); wenn die Wirtschaftslage der polnischen Juden in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre nicht so schlecht geworden wäre, dass sie massenweise ihr Land verließen und nach Palästina übersiedelten; wenn sie in die USA hätten immigrieren dürfen; wenn die Nazis die Juden nicht aus Deutschland hinausgedrängt hätten oder mehr von ihnen in andere Länder als Palästina hätten auswandern können; wenn es Erwin Rommel gelungen wäre, die britischen Linien bei El-Alamein zu durchbrechen

und Palästina einzunehmen – die Nazis wollten die Juden dort ebenso vernichten wie die Juden Europas. Und ja, wenn die Briten die Zionisten nicht bei ihren Vorbereitungen für die Gründung des Staates Israel unterstützt hätten?

Auch die Israelis haben in ihrer Geschichte einigen Anlass zu kritischen Fragen: Wenn die Zionisten nicht darauf bestanden hätten, möglichst viele Juden für die Landwirtschaft auszubilden und dafür arabische Böden in Besitz zu bringen, sondern die Einwanderer lieber in die Städte geschickt hätten; wenn sie sich mehr auf die orientalischen Juden gestützt und ihre Vertrautheit mit der arabischen Kultur genutzt hätten, statt europäische Juden den Lauf der Geschichte bestimmen zu lassen; wenn sie auf die jüdische Souveränität verzichtet und ein binationales Staatsgebilde, für Juden und Araber gemeinsam, im Land errichtet hätten.

Dieses Modell wird noch heute gelegentlich propagiert. Dabei hatte es nie eine Chance, aus dem einfachen Grund, dass die meisten Juden nicht mit Arabern in einem Land leben und die meisten Araber sich die Regierung nicht mit Juden teilen wollten.

Ben-Gurion brachte aus Europa eine sozialdemokratische Weltsicht mit. Bei seiner Ankunft stand er den Arabern keineswegs feindlich gegenüber, aber mit den Jahren erkannte er, dass ihm keine „leicht zugänglichen“ Menschen gegenüberstanden, sondern Erzfeinde. Er konnte sie sogar verstehen: Wenn er Araber wäre, hätte er auch gegen die jüdischen Neusiedler angekämpft, sagte er einmal. Spätestens in den dreißiger Jahren hoffte er, die Araber durch einen Bevölke-

zungstransfer wenigstens aus einem Teil des Landes aussiedeln zu können, um Platz für einen jüdischen Staat zu schaffen.

Ein möglichst großes Stück Land mit möglichst wenigen Arabern, lautete das Ziel. 1937 machte er sich große Hoffnungen: Großbritannien schlug die Teilung des Landes in zwei Staaten vor. Danach sollten Zehntausende von Arabern, die auf dem Gebiet des künftigen jüdischen Staates lebten, ihre Häuser räumen. Natürlich lehnten die Araber den Plan ab. Ben-Gurion sagte oft: Wenn der Staat Israel 1937 entstanden wäre, hätten vielleicht Millionen der später von den Nazis ermordeten europäischen Juden gerettet werden können, vielleicht wäre der Holocaust sogar ganz verhindert worden.

Ein vielzitiertes Spruch besagt, die Araber hätten keine Gelegenheit ausgelassen, eine Gelegenheit – zur Einigung – zu verpassen. Dabei nennt man gern den Uno-Teilungsbeschluss vom November 1947, der zwei Staaten in Palästina vorsah – einen für die Juden und einen für die Araber. Die vorgesehenen Grenzen waren für die Araber noch schlechter als die von 1937, und ihr grundsätzlicher Widerstand gegen einen jüdischen Staat, in welchen Grenzen auch immer, war über die Jahre nur gewachsen. Deshalb konnten sie den Teilungsplan nicht akzeptieren. Die zionistische Bewegung stimmte der Teilung des Landes zu, obwohl der darin vorgeschlagene Grenzverlauf auch ihren Interessen zuwiderlief.

Ben-Gurion, der 1948, also 42 Jahre nach seinem Landgang im arabischen Jaffa, Israels erster Ministerpräsident wurde, führte zwei Kriege gegen die Araber, den ersten 1948, den zweiten 1956. Spätere Generationen stritten heftig darüber, wie sich die Kriege hätte vermeiden lassen. Doch die traurige Wahrheit bleibt: Der Krieg von 1948, der die Existenz des israelischen Staates zementierte und die Flucht und Vertreibung von 750 000 Arabern mit sich brachte, hätte sich wohl nicht vermeiden lassen, zu krass prallten die nationalen Interessen aufeinander.

Später brauchten viele arabische Staatschefs den Kriegszustand mit Israel, um ihre diktatorischen und korrupten Regime zu rechtfertigen. Sie hätten die palästinensischen Flüchtlinge auch integrieren können, statt ihnen die elende, aussichtslose Existenz in Flüchtlingslagern aufzuzwingen.

Der Sechstagekrieg im Juni 1967, den Ben-Gurion nicht mehr zu verantworten hatte, brachte den arabischen Staaten die schwerste Niederlage und Israel den größten Sieg seit 1948. Viele glaubten damals, dass die schnelle Eroberung arabischer Gebiete, vor allem im Gazastreifen, in Ost-Jerusalem und im Westjordanland mit Millionen palästinensischer Bewohner, den Konflikt von Grund auf verändert habe. Israel hatte jetzt erstmals in seiner Geschichte ein Faustpfand, das es den Arabern im Tausch für Frieden anbieten konnte.

Die Formel „Land für Frieden“ wurde aber nur im Fall Ägyptens erfolgreich angewandt, allerdings erst nachdem es Israel 1973 einen schweren Militärschlag versetzt hatte. Der Frieden mit Ägypten überlebte eine Reihe harter Schläge, darunter die Ermordung von Präsident Anwar al-Sadat, die palästinensischen Aufstände und zwei Kriege zwischen Israel und dem Libanon. Ob dieser Frieden auch den Sturz von Präsident Husni Mubarak überdauern wird, der mit ihm verbunden wird wie kaum etwas anderes, ist bisher nicht ganz abzusehen. Der Kurs der neuen Politik ist noch unklar.

Der jordanische König Hussein unterzeichnete einen Friedensvertrag mit Israel, ohne irgendetwas von den 1967 verlorenen Gebieten jenseits des Jordans zurückzuerhalten. Of-

fenbar hatte er, bereits krank, sein historisches Erbe im Blick.

Im Januar 1991, einen Tag nach Beginn der Operation „Wüstensturm“ zur Befreiung Kuwaits, schossen die Iraker die ersten Raketen auf Israel, das sich nicht an der Operation beteiligte. Die Raketen, die angeblich mit Hilfe deutscher Ingenieure konstruiert worden waren, transportierten, so wurde verbreitet, Gas zur Massenvernichtung. Viele Israelis fühlten sich hilflos, gepackt von der Angst vor einem neuen Holocaust.

Heute hegen viele ähnliche Gefühle wegen der Bedrohung durch die potentielle Atommacht Iran. Die Erinnerung an die Schoa brachte Ben-Gurion zu der Erkenntnis, dass Israel ein eigenes Atomprogramm brauchte. Die Vernichtungsangst vor Iran könnte Israel zu einem Präventivschlag veranlassen, wie das Holocaust-Trauma 1967 maßgebend zur Entscheidung für den Angriff auf Ägypten beitrug.

Doch der Kern der Geschichte blieb immer der Wettlauf um die Herrschaft über Palästina. Die Verwaltungshoheit über die Palästinensergebiete im Westjordanland und Ost-Jerusalem hatte Israel errungen, aber sie hat ihren existentiellen Interessen nicht genutzt, sondern geschadet. Die Wellen der Gewalt, die seit 1967 immer wieder über das Land tobten, kosteten Tausende Israelis und Palästinenser das Leben. Die anhaltende Verletzung palästinensischer Menschenrechte beschädigte auch die Demokratie in Israel. Und die Demografie folgt ihrer eigenen Dynamik: Die Araber sind dabei, sich von einer Minorität zur Mehrheit zu entwickeln.

Irgendwann hat die israelische Regierung eine Haltung übernommen, die früher nur in der extremen Linken angesiedelt war: Im Rahmen eines Friedensvertrags soll auf dem größten Teil des Westjordanlandes und im Gazastreifen ein unabhängiger Palästinenserstaat entstehen. In manchen Verhandlungen mit den Palästinensern wurde sogar eine geteilte Verwaltung Jerusalems erwogen. Dem Anschein nach ist das eine historische Wende, aber die meisten Israelis reagieren gleichgültig – weil sie ohnehin nicht mehr an einen Frieden mit den Palästinensern glauben. Dahintersteckt die Enttäuschung über den Fehlschlag früherer Abkommen zwischen Israel und den Palästinensern, der palästinensische Terror und die Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen.

Gut möglich, dass sie recht haben. Derzeit ist kaum abzusehen, wie ein Abkommen erreicht werden könnte, das die Evakuierung Hunderttausender Israelis aus ihren Wohnungen im Westjordanland, die Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems und – vor allem – die geteilte Verwaltung Jerusalems vorsehen würde. Aber das eigentliche Problem auf dem Weg zur Einigung liegt tiefer in der Geschichte dieses Konflikts verborgen. Nicht Meinungsverschiedenheiten über Grenzen,



Palästinensische Flüchtlinge suchen 1948 Schutz in arabisch kontrolliertem Gebiet.



Gebiete, Wasser oder sogar Sicherheit verhindern die Lösung, sondern der Umstand, dass beide Seiten ihre nationale Identität über das Land definieren, und zwar das ganze. Ein Kompromiss über das Land würde sie zwingen, auch einen Kompromiss in ihrer jeweiligen Identität einzugehen. Wie es aussieht, hat keiner der Beteiligten die nötige Reife dafür erlangt.

Die Umwälzungen, die derzeit den Nahen Osten bewegen, könnten auch Jordanien spürbar erfassen, und wenn das Königshaus stürzte und die Regierung an die palästinensische Bevölkerungsmehrheit überginge, könnte man Jordanien vielleicht mit dem Westjordanland vereinigen, was einen Frieden zwischen Palästinensern und Israelis erleichtern könnte – doch das sind bisher nur Planspiele. In Ramallah, der provisorischen Hauptstadt der Palästinenser, denkt man vorerst weiter nur an Unabhängigkeit in einem Teil des Landes.

Vor kurzem sprach ich darüber mit Salam Fajad, der bereits den Titel eines palästinensischen Premierministers trägt. Der 60-Jährige hat in den USA Wirtschaftswissenschaften studiert, er setzt mehr auf Wirtschaft als auf Politik. Gestützt auf palästinensische Sicherheitskräfte, die unter amerikanischer Schirmherrschaft arbeiten, schafft er Arbeitsplätze, errichtet

ein Verwaltungssystem, baut Schulen und Straßen. Seit den Zeiten, in denen die ersten Zionisten im Land Israel landeten, suchten sie – meist vergebens – palästinensische Araber, die wirtschaftliche Erwägungen über ihre nationalen Ambitionen stellten. In dieser Hinsicht sieht Israel in Fajad einen idealen Palästinenser. Er meint, die Israelis täuschten sich in ihm ebenso, wie sie sich seit je getäuscht hätten. Er sei nicht weniger nationalbewegt als jeder andere Palästinenser, er beschreite nur einen anderen Weg, sagte er.

Wäre er beleidigt, wenn ich seine Anstrengungen mit denen Ben-Gurions zur Zeit des britischen Mandats vergleichen würde, fragte ich. Warum denn?, antwortete Fajad. Ich erinnerte ihn daran, dass Ben-Gurion 1948 mit der Gründung Israels, mit Flucht und Vertreibung, die größte Katastrophe in der Geschichte der Palästinenser ausgelöst hatte.

„Ich würde mich freuen, als palästinensischer Ben-Gurion im Gedächtnis zu bleiben“, erwiderte Fajad. Von ihm habe er die Taktik gelernt, die er jetzt anwende: erst die Fundamente des Staates legen und dann die Unabhängigkeit ausrufen. Im nächsten September soll es so weit sein – vielleicht aber auch ein bisschen später.

Aus dem Hebräischen von Ruth Achlama.